II – 926 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 505/J 1980 -04- 1 8

Anfrage

der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Konsequenzen der Bundesregierung aus der Föderalismus-Enquete

Anläßlich der Fragestunde im Nationalrat am 17.4.1980 hat der Bundeskanzler auf die Frage des Abgeordneten Dr. Feurstein, inwieweit der Bundeskanzler bei einem positiven Ausgang der Volksabstimmung in Vorarlberg zur Frage "sollen Vertreter des Landes mit dem Nationalrat und mit der Bundesregierung in - auch den anderen Ländern offenstehende - Verhandlungen eintreten, die im Rahmen des österreichischen Bundesstaates dem Land (den Ländern) mehr Eigenständigkeit und den Gemeinden eine Stärkung ihrer Stellung im Sinne der nachfolgend angeführten 10 Punkte sichern" in Verhandlungen mit den Vertretern des Landes eintreten wird, geantwortet: "Ich kann Ihnen aber keine Zusage machen, daß ich mit dem Herrn Landeshauptmann von Vorarlberg ... verhandeln werde, weil das eine Sache aller Bundesländer ist."

Dies bedeutet, daß vom Bundeskanzler eine Entscheidung der Wahlberechtigten von Vorarlberg nicht zur Kenntnis genommen wird.

Die Zusatzfrage des Abg. Feurstein, inwieweit die Bundesregierung in Zukunft in vermehrtem Maß die Zustimmung zu Landesgesetzen erteilen wird, die die Mitwirkung von Bundesorganen vorsehen, wurde vom Bundeskanzler überhaupt nicht beantwortet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfrage:

- 1) Wird die Bundesregierung aufgrund der Ergebnisse der Föderalismus-Enquete in Zukunft in vermehrten Maße die Zustimmung zu Landesgesetzen erteilen, die die Mitwirkung von Bundesorganen vorsehen?
- 2) Wenn ja, in welchen Fällen können Sie sich eine solche Änderung vorstellen ?
- 3) Welche Punkte, die aufgrund des Beschlusses des Vorarlberger Landtages zur Volksabstimmung vorgelegt werden, werden Sie im Rahmen der Verhandlungen mit den Landeshauptleuten über die Neuordnung des Föderalismus in Österreich unterstützen?